



Datum: 24. September 2023

Rolf Mützenich im Gespräch mit Frank Capellan

Capellan: Das Interview der Woche heute mit Frank Capellan am Mikrofon und zu Gast hier im Studio ist der SPD-Fraktionschef Rolf Mützenich, der seinen Wahlkreis in Köln hat. Herzlich willkommen, Herr Mützenich.

Mützenich: Vielen Dank, Herr Capellan, danke für die Einladung.

Capellan: Herr Mützenich, ich erinnere mich gut, als wir 2019 genau an dieser Stelle gesprochen haben, da hatten Sie nach dem Rücktritt von Andrea Nahles gerade kommissarisch den Vorsitz der SPD-Bundestagsfraktion übernommen. Das waren ja ganz andere Zeiten. Da war die SPD noch in der Koalition mit der Union. Die Sozialdemokraten diskutierten über eine Lockerung der Sanktionen gegen Russland. Aus der eigenen Partei kamen damals Überlegungen, auf die Aufstellung eines eigenen Kanzlerkandidaten zu verzichten. Sie haben da vehement widersprochen. Andererseits machten Sie damals nicht den Eindruck, als wären Sie wild entschlossen, die Fraktion auf Dauer zu führen. Es kam bekanntlich anders. Sie stehen jetzt vier Jahre an der Spitze der SPD-Bundestagsfraktion, sind Anfang dieses Monats mit knapp 95 Prozent wiedergewählt worden. Was hat für Sie den Ausschlag gegeben, in diesen besonders bewegten Zeiten weiterzumachen als Chef der SPD-Bundestagsfraktion?

Mützenich: Herr Capellan, in der Tat war ich 2019 im Zweifel, ob ich einen Beitrag leisten kann zur Stabilisierung der SPD. Ich hatte mir aber fest vorgenommen, die Reihen der SPD-Bundestagsfraktion so gut wie möglich zu schließen. Und erst mal wollte ich bis September die Reihen geschlossen halten. Und, dass es dann so gut gelungen ist, auch vielleicht eine gute Voraussetzung zur damaligen Bundestagswahl zu schaffen, das konnte niemand vorhersehen. Und in der Tat habe ich mich jetzt – und das ist meine Art – auch mit Kolleginnen und Kollegen in den vergangenen Monaten beraten, mit Weggefährten, ob ich weiterhin gute Dienste leisten kann. Und das ist mir von vielen gesagt worden. Dennoch muss ich natürlich auch immer persönlich entscheiden, ob ich dazu noch leistungsfähig genug bin. Und beide Fragen habe ich dann auch kurzfristig mit ja beantwortet.

Capellan: Die Reihen zu schließen, das ist Ihnen ja in der Tat gelungen, obwohl – wir werden ja vielleicht nachher noch darauf zu sprechen kommen – es auch ein bisschen brodelt oder ein bisschen unruhiger wird in der SPD-Bundestagsfraktion. Da gibt es ja so ein paar Punkte, wo man den Eindruck hat, na ja, da geht es jetzt auch gegen den eigenen Kanzler. Aber lassen Sie mich noch mal zu sprechen kommen auf die fordernden Zeiten. Nicht nur mit Blick auf den Krieg Russlands gegen die Ukraine, auch mit Blick auf eine Entwicklung, Vormarsch

Deutschlandfunk

Ein Programm von Deutschlandradio

Raderberggürtel 40

50968 Köln

Fragen und Anmerkungen an: hoererservice@deutschlandradio.de 1

der AfD, in der Innenpolitik. Wir hatten in dieser Woche die „Mitte-Studie“ der SPD-nahen Ebert-Stiftung, die gezeigt hat, wie viele Menschen doch das Vertrauen in die Demokratie verloren haben, in die politischen Institutionen, auch in das Parlament, wie viele rechtsextremen Tendenzen zuneigen. Ist das ein Ding, was bei Ihnen eher für Frust sorgt oder für Ansporn?

Mützenich: Es bedrückt mich, aber es macht mich auf der anderen Seite nicht hoffnungslos, weil ich auch immer wieder auch insbesondere junge Menschen treffe, die bereit sind, für die Demokratie einzustehen. Aber die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, die Sie ansprechen, macht mich auch sorgenvoll, dass sich Menschen möglicherweise zu etwas hinreißen lassen, was am Ende nicht mehr korrigierbar ist. Ich will einfach daran erinnern, Herr Höcke von der AfD in Thüringen hat vor wenigen Wochen Menschen, junge Menschen, Kinder mit Behinderung, die so geboren oder durch einen Unfall, durch Krankheit so geworden sind, als Belastung beschrieben. Und da sage ich ganz klar: Wehret den Anfängen! Denn das betrifft möglicherweise auch andere. Und deswegen sollte sich jeder darüber Gedanken machen.

Capellan: Wenn Sie die jungen Menschen ansprechen, ist es da angesichts dieser Entwicklung schlaue, dass man bei den Freiwilligendiensten beispielsweise kürzt, dass man Projekte zur Demokratieförderung mit weniger Geld ausstattet? Geht das nicht genau in die falsche Richtung?

Mützenich: Genau das, Herr Capellan, habe ich ja, glaube ich, auch öffentlich in meiner Rede bei der ersten Lesung zum Haushalt auch deutlich gemacht.

Capellan: Also, da wollen Sie noch mal ran? Da wollen Sie nachverhandeln gewissermaßen?

Mützenich: Nicht nachverhandeln, sondern mich nervt, Ministerien, und wenn die Ministerinnen und Minister – da nehme ich jetzt auch wenige von aus – nicht richtig aufgepasst haben, denn einige tendieren einfach dazu, na ja, das werden die Abgeordneten schon korrigieren, weil sie in den Wahlkreisen genau auf eigentlich nicht berechnete und schon gar nicht erträgliche Kürzungen werden am Ende abstimmen können. Und die werden das schon korrigieren. Und so ein Verhalten toleriere ich nicht. Ich erwarte von den Häusern eigene Vorschläge in den nächsten Wochen, damit diese Kürzungen auch zurückgenommen werden. Also, Sie hören schon Ärger da raus.

Capellan: Unsicherheit in der Bevölkerung, die öffnet viele Türen für populistische Ansichten. Und gerade beim Heizungsgesetz haben wir ja gesehen, da konnte die Ampelkoalition ja nicht gerade zur Beruhigung beitragen.

Mützenich: Nein, im Gegenteil. Und auch da habe ich gesagt, ich möchte nicht noch mal einen solchen Gesetzentwurf, den die Parlamentarier mühevoll vom Kopf auf die Füße stellen müssen, im Parlament erleben. Insbesondere die Koalitionsspitzen haben mit dazu beigetragen, dass dieser Frust auch bei mir vorhanden ist und wir jetzt aber auch sehr deutlich machen, dass wir uns am Riemen reißen müssen. Gleichzeitig auf der anderen Seite bin ich aber auch nicht mehr bereit, bis zur Selbstverleugnung alles hinzunehmen.

Capellan: Wenn wir nach Thüringen schauen, da war die Empörung groß, als die Union mit der AfD eine Senkung der Grunderwerbsteuer erzwungen hat, mit den Stimmen der AfD. Da war viel diskutiert worden über die Brandmauer, gegen die Rechten. Die sind da – Sie haben Björn Höcke angesprochen – besonders rechts. Trotzdem muss man sich doch fragen, diese ganze Aufregung, die Diskussion darüber, führt die nicht am Ende dazu, dass die AfD noch weitere Stimmen gewinnen wird?

Mützenich: Ja, das mag so sein, aber man muss auch jetzt ein bisschen aufpassen. Das ist ja jetzt nicht so, als wenn sozusagen das eine gesagt wird und dann folgt das andere daraus. Ich gehe nicht in die Debatte rein, um mich zu empören, auch bei dieser Frage in Thüringen, sondern ich ...

Capellan: Aber, Entschuldigung, Sie haben sich empört!

Mützenich: Ich habe mich aber über etwas empört, was mir ganz wichtig ist. Dass offensichtlich die Parteien, die demokratischen Parteien, angeboten hatten, diese Herausforderung gemeinsam zu beantworten, die Regierung, scheint mir, so ist mir berichtet, so habe ich es gelesen, auch der Opposition, der CDU, auch Vorschläge gemacht, wie man es am besten heilen kann. Und, wenn man dann trotzdem das Risiko eingeht, mit solchen Parteien auch eine solche Koalition einzugehen, wie die CDU es gemacht hat, dann, finde ich, ist auch Empörung richtig.

Capellan: Ich glaube, da steht Aussage gegen Aussage. Ich habe mich das auch gefragt, ob man so was nicht im Stillen hätte regeln können. Auf der anderen Seite stellt sich mir auch die Frage: Was wäre, wenn die SPD in der Opposition ist und für die Erhöhung des Mindestlohnes stimmen möchte und die AfD geht da mit? Dann würde man doch auch ein solches Herzensanliegen der Sozialdemokraten deswegen nicht unter den Tisch fallen lassen. Also, da würde man ja der AfD noch einmal sehr viel mehr Einfluss geben.

Mützenich: Na ja, aber es geht doch hier um Kumpanei, dass man sehenden Auges eine solche Entscheidung, wissend und offensichtlich ja auch im Hintergrund, mit der AfD auch diesen Druck gesucht hat.

Capellan: Das ist der Punkt. Im Hintergrund, ob es Absprachen, ob es die jetzt gegeben hat, das wissen wir nicht.

Mützenich: Nein, das wissen wir nicht. Aber ich will mal einfach sagen, die eine oder andere Aussage, die gerade auch von der CDU gekommen ist, deutet ja darauf hin, dass sie um dieses Risiko wussten. Nie wird sich die SPD mit diesen Konsorten in irgendeiner Form gemein machen. Und ich bin mir ganz sicher, wir haben das in der Vergangenheit gezeigt und wir werden es auch in der Zukunft zeigen.

Capellan: Manche ostdeutschen Bundesländer, wenn wir auf die Umfragen schauen, stehen vor der Unregierbarkeit, wenn man nicht auch die Linkspartei mit ins Boot holt. Würden Sie der Union raten, diesen Unvereinbarkeitsbeschluss mit der Linken, Koalitionen, Tolerierungen einzugehen, den aufzuheben?

Mützenich: Das habe ich schon öfter versucht, auch in der Zusammenarbeit im Plenum, wo es darum geht, auch gemeinsame Gesetzentwürfe auf den Weg zu bringen. Und mein Ratschlag ist, zu verstehen, dass wir nicht mehr das Privileg haben, die eine oder andere demokratische Formation, auch, wenn sie uns politisch nicht passt, aus der demokratischen auch Gemeinschaft auszuschließen.

Capellan: Wenn wir auf den Erfolg der AfD schauen, ist der sicherlich begründet auch in der Zuwanderungsfrage. Da haben wir heftige Debatten erlebt auch in der zurückliegenden Woche. Mit Blick auf den Deutschlandpakt, den der Kanzler ja auch der Union angeboten hat, hat die Union gewissermaßen den Spieß herumgedreht und hat versucht, die SPD zu einer Kooperation in der Migrationspolitik zu zwingen in dem Sinne, dass man sich auf eine Obergrenze für Flüchtlinge, die wird jetzt Integrationsgrenze genannt von Markus Söder in Bayern, dass man sich darauf einlässt. Und wir hatten im Koalitionsvertrag, im letzten, einmal die Zahl drinstehen, 180.000 bis 220.000 Menschen im Jahr, das wäre verkraftbar für Deutschland. Jetzt sagt ja sogar der Bundespräsident, Frank-Walter Steinmeier, wir haben eine Belastungsgrenze erreicht. Wie wollen Sie die Zuwanderung stoppen?

Mützenich: Ja, aber es wird ja nicht in dem Sinne etwas sein, Belastungsgrenze, wo dann plus 1 der Kippunkt ist. Das ist ja etwas komisch. Deswegen war ja auch unser Interesse, auch in der Großen Koalition, auch diesen europäischen Weg zu suchen, den erstmals die jetzige Innenministerin Nancy Faeser auch mit erarbeitet hat mit ihren europäischen Kolleginnen und Kollegen. Und, wenn sozusagen diese Schrittfolge gelingt, auf der wir dann auch aufbauen können, ergibt sich daraus ja auch eine Situation, wo auf der einen Seite natürlich auch die Frage, was ist mit denen, die nicht berechtigt hier in Deutschland sind, die auch die Verfahren durchlaufen haben, auch die rechtsförmigen Verfahren, aber auf der anderen Seite, dass wir Arbeitskräftezuwanderung brauchen, dass wir denen, die schon

Deutschlandfunk

Ein Programm von Deutschlandradio

Raderberggürtel 40

50968 Köln

Fragen und Anmerkungen an: hoererservice@deutschlandradio.de 4

länger im Land sind, auch einen neuen Status eröffnen. Also, ich will einfach darauf hinweisen, es geht um ganz verschiedene Fragen, wo wir auch verschiedene staatliche Ebenen brauchen. Und das ist das Angebot des Kanzlers gewesen. Und ich appelliere an jeden, nicht leichtfertig um der eigenen Interessen willen, auch vielleicht diese Chance zu zerreden.

Capellan: Aber, wenn Sie diesen EU-Asylkompromiss ansprechen, also Asylverfahren an den Außengrenzen, mehr sichere Drittstaaten ausmachen, für schnellere Abschiebungen sorgen, das ist ja auch vielen Parteifreunden von Ihnen bitter aufgestoßen, dass Nancy Faeser das auch noch als historischen Durchbruch gekennzeichnet hat. Das muss auch erst mal umgesetzt werden. Und es geht auch um die Verteilung der Flüchtlinge. Da können sich Länder freikaufen mit 20.000 Euro pro Flüchtling. Also, da ist doch im Grunde gar nichts gelöst bisher.

Mützenich: Na, gelöst wird doch nie etwas sein. Ich habe ja auch schon mal davon gesprochen, das ist eine Jahrhundertaufgabe. Ich meine, wir sind ja auch in dieser Situation, weil wir dankenswerter Weise so viele Flüchtlinge aus der Ukraine auch aufgenommen haben. Und, wenn natürlich jemandem bei mir in der SPD oder in der Fraktion das aufstößt, Sie haben gerade gesagt, Nancy Faeser hat das historisch genannt, dafür hat sie sich ja im Nachhinein entschuldigt. Meine Güte, ihr das jetzt auch noch anhängen zu wollen, ist doch nicht der Kern des Problems.

Capellan: Aber die Begrenzung, die die Union fordert, eine Zahl zu nennen, 200.000, ist mit Ihnen eigentlich nicht zu machen?

Mützenich: Na, es geht doch nicht um mich, sondern es geht um das Völkerrecht. Es geht um die Frage: Was machen wir mit den Menschen, die aufgrund völkerrechtlicher Konventionen ... denen kann ich doch nicht vor Augen halten die 200.000, oder was?

Capellan: Aber diese Zahl, da hat sich die SPD ja mal drauf eingelassen. Das habe ich ja eben zitiert. Das stand ja sogar im Koalitionsvertrag. Da ging es ja offenbar. Warum geht es jetzt nicht?

Mützenich: Ich glaube, weil die Zeiten einfach andere sind. Warum können wir nicht entsprechend, ohne uns immer welche Dinge vorzuhalten, sagen, jetzt stehen wir vor diesen Realitäten, jetzt stehen wir vor diesen Herausforderungen, aber auch Chancen, dass sich vielleicht sogar in Europa etwas bewegt. Und diesen Weg will ich prüfen, will ich gehen. Und, wenn die Opposition bereit ist, mit uns darüber zu reden, können wir das doch versuchen. Und ich glaube, dass viele Bürgerinnen und Bürger froh darüber wären, wenn wir uns nicht ständig öffentlich streiten, sondern am Ende ein gemeinsames Ergebnis verkünden können.

Deutschlandfunk

Ein Programm von Deutschlandradio

Raderberggürtel 40

50968 Köln

Fragen und Anmerkungen an: hoererservice@deutschlandradio.de 5

Capellan: Nancy Faeser haben Sie angesprochen, die Innenministerin. Macht sie sich vieles, was sie erreicht hat, kaputt durch die Causa Schönbohm?

Mützenich: Sie macht sich das nicht kaputt, aber es ist natürlich manchmal auch sehr stark instrumentalisiert worden für die Auseinandersetzung, die mit dem Wahlkampf zu tun hat.

Capellan: Aber Entschuldigung, wenn ich noch mal unterbreche. Sie waren, glaube ich, auch nicht begeistert, dass sie im Innenausschuss nicht aufgetreten ist.

Mützenich: Nein, das habe ich ja auf meine Art etwas formuliert auch vor einiger Zeit, dass ich mir auch eine frühzeitige Aufklärung gewünscht hätte. Und ich glaube, die eine oder der andere würden im Nachhinein auch dazu neigen.

Capellan: Egal, wie das ausgeht in Hessen, wo sie ja als Spitzenkandidatin antritt – und da sieht es nicht gut aus für die Sozialdemokraten – sie soll, sie kann, sie darf Ministerin bleiben?

Mützenich: Ich finde es sehr gut wie Nancy Faeser beides zueinander bringt, auf der einen Seite eine beachtliche Aufgabe als Innenministerin. Da geht es ja nicht nur – das ist die entscheidende Frage zurzeit – um die Frage der Zuwanderung, die Begrenzung, um die europäischen Antworten. Es geht um Kriminalitätsbekämpfung. Es geht aber auch, sage ich Ihnen auch, um das Schützen der Demokratie, um politische Bildung, viele andere Dinge auch. Das, finde ich, bringt sie sehr gut zusammen, auch mit einer Sozialdemokratin, die ein Herz für Hessen immer wieder gezeigt hat. Und da ist noch nicht die Messe gelesen. Ich bin sehr zuversichtlich, dass sie zeigen kann, dass sie mit anderen besser das Land regiert als die jetzige Regierung.

Capellan: Aber sie kann bleiben, anders als Norbert Röttgen von der CDU, das haben wir mal erlebt, der krachend gescheitert war in Nordrhein-Westfalen und dann seinen Hut als Umweltminister nehmen musste, weil er wieder zurückwollte ins Kabinett von Angela Merkel damals.

Mützenich: Ich glaube, man soll sich jede Situation im Einzelnen anschauen. Und ich glaube, man wird Nancy Faeser nicht gerecht, wenn man sie mit Herrn Röttgen vergleicht.

Capellan: Das Interview der Woche heute mit dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Rolf Mützenich. Wir haben eben gesprochen darüber, dass es – so habe ich es formuliert – ein bisschen Unruhe in der Fraktion gibt. Da gibt es so den Vorstoß Industriestrompreis, einen subventionierten Strompreis über fünf Jahre durchzusetzen, 5 Cent pro Kilowattstunde. Der

Kanzler ist da nicht so begeistert. Ist das ein Zeichen dafür, dass es da Unruhe gibt in der Fraktion, dass man den Kanzler ein bisschen treiben möchte? Oder ist das eher abgesprochen und über Bande gespielt, dass man die FDP ein bisschen treiben möchte? Denn der Finanzminister, Christian Lindner, ist ja strikt dagegen.

Mützenich: Herr Capellan, ich würde das gar nicht als Unruhe bezeichnen, sondern als Selbstbewusstsein. Und dieses Selbstbewusstsein hatten wir auch vor einem Jahr, als wir gegen manche, die sich dazu noch nicht durchringen konnten ... auch ganz klar erklärt, als die Gaspreise in die Höhe schossen, die Menschen komplett überfordert gewesen sind, eine Gaspreisbremse auf den Weg zu bringen, zumindest einen Deckel. Und so haben wir jetzt auch vor einigen Wochen gesagt, dass gerade die Bereiche, wichtige Unternehmen mit guten Arbeitsplätzen, wo gute Löhne gezahlt werden, denen unter die Arme zu greifen. Und ich weiß nicht, was daran falsch sein soll.

Capellan: Wenn wir jetzt bei den Energiepreisen noch mal bleiben, hat sich das erledigt mit dem Industriestrompreis, in dem Fall, was Lindner jetzt vorschlägt, dass man die Gas- und Strompreisbremse ja verlängern möchte und damit für eine Entlastung sorgen will? Wobei sich sofort die Frage anschließt, gleichzeitig zu sagen, ab 1. Januar erhöhen wir wieder die Mehrwertsteuer auf 19 Prozent. Das passt ja nicht zusammen, hört sich an nach linke Tasche rein, rechte Tasche raus.

Mützenich: Da beißt sich manches. Und deswegen werden wir uns auch das noch mal ganz genau anschauen. Ich bin nicht auf dem Jahrmarkt unterwegs, sondern ich möchte Entscheidungen treffen, die insbesondere unter dem Aspekt der Gerechtigkeit, aber auch der Innovationsförderung möglich und auch notwendig sind. Und ich hoffe, dass unsere Koalitionspartner mit uns gemeinsam überlegen, wie wir es schaffen, Deutschland wettbewerbsfähig zu halten und auf der anderen Seite auch für einen Strukturwandel gut zu wappnen.

Capellan: Aber die Energiepreisbremse fortzuführen und die Mehrwertsteuer auf dem ermäßigten Satz von 7 Prozent zu belassen, das wäre ein Weg, den Sie gehen könnten und dann müsste man nicht mehr über Industriestrompreise reden?

Mützenich: Noch mal, ich werde nicht gegeneinander aufrechnen. Mich hat mehr gestört in den letzten Tagen, dass ich über Umwege davon erfahren habe, dass es eine frühzeitige Beendigung dieser Unterstützung geben soll. Das war nicht unmittelbar Bestandteil der Haushaltsgesetzgebung und da sind noch ein paar Fragen von der Bunderegierung zu beantworten. Und ich finde schon, so kann man manchmal mit dem Parlament auch nicht umgehen.

Capellan: Mit Blick auf die Kindergrundsicherung, da waren Sie ja auch nicht zufrieden, hatte ich den Eindruck, 2,4 Milliarden, die jetzt im ersten Jahr 2015 bereitgestellt werden sollen. Als der Kompromiss kam, waren Sie, glaube ich, im Morgenmagazin und haben gesagt, da müssen wir noch mal drüber reden. Also, muss man da auch noch mehr tun, als der Finanzminister bereit ist zu geben?

Mützenich: Also, wir gucken uns genau den Gesetzentwurf an, wenn das Kabinett ihn beschließt, wenn Sie meine Unzufriedenheit ansprechen, dann möchte ich sagen, ich bin eher unzufrieden über den Beginn der Debatte, weil niemand ausreichend berücksichtigt hat, dass wir, und das war das Parlament, das waren wir - vielleicht darf ich auch mal sagen, ich habe da, glaube ich, einen größeren Anteil daran - auf einen Schlag sieben Milliarden Euro mobilisiert haben, weil das Kindergeld gleichmäßig ab dem ersten Kind auf 250 Euro gestiegen ist, der Kinderzuschlag, der Einmalzuschlag. Und ich hatte damals gedacht, ich schaffe das Tableau für die Kindergrundsicherung, damit nicht nur über die Finanzen gesprochen wird, sondern um eine richtige Reform. Und das haben leider einige verstolpert. Das hat mich gestört, wenn Sie mich nach meinem Ärger fragen.

Capellan: Wenn wir so viel jetzt übers Geld sprechen, sind wir beim nächsten Punkt, der mich auch endlich zur Außenpolitik führt – das Zwei-Prozent-Ziel. Da hat sich der Kanzler jetzt relativ deutlich in der Haushaltsdebatte festgelegt, hat gesagt, ab 2028 werden wir jährlich 25 oder gar 30 Milliarden Euro mehr für die Verteidigung ausgeben. Ist das überhaupt zu schaffen?

Mützenich: Na, das ist eine Herkulesaufgabe. Und in der Tat müssen wir uns das fragen. Aber ich bin derzeit Vorsitzender in einer Legislaturperiode, wo wir das Zwei-Prozent-Ziel über die 100 Milliarden Euro Sondervermögen abdecken, was dann in der mittelfristigen Finanzplanung ist, werden wir noch mal genau sehen. Aber ich mache mir überhaupt gar keinen schlanken Fuß. Ich glaube, dass wir das in Deutschland nur beantworten können, wenn wir gleichzeitig auch über die ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen, insbesondere von Vermögen sprechen. Also, der Staat braucht letztlich mehr, um auch zu einer angemessenen und sozial gerechteren Verteilung zu kommen.

Capellan: Rolf Mützenich, Sie sind Außenpolitiker und erst jetzt, das ist bezeichnend, liegt an mir, an meiner Gesprächsführung, erst jetzt reden wir über die Ukraine, das wäre sicherlich vor einem Jahr auch noch anders gewesen, über Waffenlieferungen, die Sie ja persönlich auch immer wieder sehr kritisch gesehen haben. Bröckelt langsam die Zustimmung für die Ukraine, wenn ich in die USA schaue, wenn wir gerade aktuell nach Polen schauen? Auch in Deutschland hat ja auch die AfD Zuspruch erhalten, weil sie eben auch solche Waffenlieferungen ablehnt.

Mützenich: Sehen Sie, das ist der Unterschied. Wir erleben Diskussionen oft aus Regierungen, die nicht zuverlässig sind, die andere vor sich hertreiben und dann am Ende nicht das erfüllen, was sie selbst vollmundig behaupten. Ich finde den Kurs, den der Bundeskanzler fährt, besonnen. Darauf zu schauen, was lieferbar und was auch verantwortbar ist, zu tun. Und, wenn Sie mich persönlich ansprechen, ja, ich habe mich immer schwergetan, wenn es um alleine militärische Leistungen gegangen ist. Aber auf der anderen Seite kenne ich mich auch, glaube ich, einigermaßen da aus, wo das Völkerrecht uns auch Hinweise gibt. Und das Selbstverteidigungsrecht ist in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegt, solange der Sicherheitsrat nicht an die Stelle derjenigen tritt, die sich eben selbst verteidigen. Und das müssen wir unterstützen, aber wir müssen auf der anderen Seite genauso nicht alleine immer nur über Waffen reden, sondern auch über andere Möglichkeiten. Und ich bin ja massiv dafür kritisiert worden im letzten Jahr, dass ich auch immer wieder den Begriff der Diplomatie in den Mund genommen habe, ohne mich für Verhandlungen auszusprechen. Diplomatie ist mehr als Verhandlung. Diplomatie bereitet manchmal den Boden für Verhandlungen.

Capellan: Aber sehen Sie da aktuell Chancen? Es wird auch immer wieder nachgefragt: Wann hat der Kanzler zuletzt mit Putin gesprochen? Aber gibt es irgendwelche Fenster, die man nutzen könnte?

Mützenich: Zumindest das, was ich auch immer wieder höre, ist, dass Präsident Putin zu solchen Gesprächen nicht bereit ist, sondern dass er an seinen Kriegszielen auch festhält. Das würde Verhandlungen zum jetzigen Zeitpunkt nicht nur schwermachen, sondern wahrscheinlich sogar ausschließen. Aber ich meine, wir sehen doch – und darin habe ich, wie soll ich sagen, ich habe den Kanzler von Anfang an ermutigt und das habe ich ja auch mal im März, unmittelbar nach dem Überfall auf die Ukraine, formuliert, darauf hinweisen wollen, dass zwar 141 Staaten uns bei der Verurteilung Russlands folgen, aber auf der anderen Seite die Staaten, die abseits stehen, die die internationale Ordnung auch prägen, mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung repräsentieren, stärker zur Kenntnis genommen werden müssen, die vielleicht den Krieg etwas anders interpretieren. Das hat der Kanzler von Anfang an, im Gegensatz zu anderen, gemacht. Und heute gehört es zum Gemeingut.

Capellan: Ich muss Sie zum Schluss doch noch nach Taurus fragen. Warum sind Sie dagegen, dass wir diese Marschflugkörper liefern? Da gibt es ja auch Druck aus den eigenen Reihen. Wir kennen das Prozedere. Und der ukrainische Außenminister Kuleba hat gesagt, ihr werdet es doch sowieso machen, ihr werdet sie am Ende liefern, so, wie es mit den Leopard-Kampfpanzern ja auch gewesen ist. Warum also jetzt Zeit verstreichen lassen?

Mützenich: Ich gehöre nicht zu dieser Gruppe oder zu diesen Einzelpersonen, die offensichtlich in dem Krieg eine Fähigkeit entwickelt haben, die ich nicht habe, nämlich jede

Schraube in einem Panzer oder vielleicht sogar in einem Marschflugkörper zu kennen und zu sagen, genau das ist der Wendepunkt. Ich habe mich immer dagegen ausgesprochen, ein bestimmtes Waffensystem zu einer Grundlage zu machen, dass das alles ändert. Und das sehen wir bei den Lieferungen von Leopard, von Panzern. Ich möchte eine Debatte darüber haben, die die gesamte Breite auch abdeckt. Und, wenn Sie mich konkret auf Taurus ansprechen, die Bundesregierung wird das prüfen. Der Bundeskanzler wird sich das genau anschauen. Und da sind mit Sicherheit noch ein paar Fragen zu beantworten. Und auf der anderen Seite, finde ich, braucht sich Deutschland überhaupt nicht zu verstecken. Wir haben alles das geliefert, was nach einer richtigen, schwerwiegenden, besonnenen Diskussion wir auch bereit waren zu liefern. Und da brauchen wir uns vor anderen nicht zu rechtfertigen und schon gar nicht zu verstecken.

Capellan: Rolf Mützenich, herzlichen Dank für den Besuch hier im Studio.

Mützenich: Ganz herzlichen Dank, Herr Capellan, für die Einladung.